

**100 JAHRE
HAMBURGER AUFSTAND**



RO-
ET
LE.



Gegen
macht
AUFSTAND
★



➔ JAHRE KRISE
O. WO BLEIBT DER
O. AUFSTAND

Revolutionäre Situationen ausfindig machen

Es ist schwer vorherzusagen, wie es gesellschaftlich weiter gehen wird. Aber genau das müssen wir häufig tun, um unsere Politik darauf auszurichten. Ein Blick in die Geschichte der revolutionären Bewegung kann uns helfen zu analysieren welche Fehler in der Vergangenheit gemacht wurden. Wir beschäftigen uns jedoch nicht aus reinem historischen Interesse damit, sondern um aus den Niederlagen in der Vergangenheit zu lernen und einmal begangene Fehler nicht zu wiederholen. Wir wollen so unser Gespür zur Bewertung von konkreten Situationen verfeinern, um in Zukunft die Kämpfe besser führen zu können. Der wissenschaftliche Sozialismus ist eben kein akademischer Diskurs, sondern die politische Theorie die Welt zu begreifen und zu verändern.

In dieser Broschüre wollen wir die Lehren aus dem Hamburger Aufstand diskutieren, um unsere Erkenntnisse in zukünftige Kämpfe einbringen zu können. Denn ohne Theorie ist unsere politische Praxis blind, und ohne Praxis ist die Theorie ein stumpfes Schwert. Was bringen uns theoretische Luftschlösser, wenn wir sie nicht verwirklichen können?

Hamburg, Oktober 2023

Lenin hat mitten im Ersten Weltkrieg 1916 herausgearbeitet, was revolutionäre Situationen sind und dem schließen wir uns an:

„Welches sind, allgemein gesprochen, die Merkmale einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen: 1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der „oberen Schichten“, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß entstehen läßt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, daß die „unteren Schichten“ in der alten Weise „nicht leben wollen“, es ist noch erforderlich, daß die „oberen Schichten“ in der alten Weise „nicht leben können“. 2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus. 3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der „friedlichen“ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die „oberen Schichten“ selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden. Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution - in der Regel - unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird denn auch revolutionäre Situation genannt. Eine solche Situation gab es 1905 in Rußland und in allen Revolutionsepochen im Westen; sie lag aber auch in den sechziger Jahren 1859-1861 und 1879/1880 in Rußland vor, obgleich es in diesen Fällen zu keiner Revolution kam. Warum? Weil nicht aus jeder revolutionären Situation eine Revolution hervorgeht, sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den (...) objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche „zu Fall kommt“, wenn man sie nicht „zu Fall bringt“.“¹

Lenin

„Wir, die Kommunisten, sind zwar geschlagen worden und mit uns die ganze deutsche Arbeiterklasse. Die Stabilisierung des bürgerlichen Deutschlands ist in gewissem, begrenztem Umfang gelungen. Die Bourgeoisie schöpft neue Hoffnung. Das Proletariat durchlebte ein Jahr der Entmutigung und des Rückzuges. Wenn wir heute der zweijährigen Wiederkehr des Hamburger Straßenkampfes gedenken, so geschieht das nicht aus dem bloßen Anlaß, daß der Kalendertag des 23. Oktobers wiederkehrt. Jubiläen sind für die Kommunisten und den klassenbewußten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. Gerade die politische Situation, in der wir heute stehen, fordert mit gebieterischem Zwang von uns, daß wir die geschichtliche Bedeutung und die Lehren des Hamburger Aufstandes vollkommen klar erkennen.“²
Ernst Thälmann

Die Bedingungen des Aufstandes

1923 erreichte die ökonomische und politische Krise in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg ihren Höhepunkt. Im Januar besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet, um die Bezahlung der im Vertrag von Versailles festgeschriebenen Reparationsschulden sicherzustellen. Das amtierende „Kabinettn Cuno“ rief daraufhin zum „passiven Widerstand“ in den besetzten Gebieten auf, stoppte sämtliche Reparationszahlungen und ließ die Löhne der in den Streik getretenen Arbeiter vom Staat auszahlen. Sowohl der verlorene Zugriff auf das wirtschaftlich bedeutungsvolle Ruhrgebiet, als auch die für die Löhne zusätzlich in den Umlauf gebrachten Banknoten verstärkten die bereits 1914 begonnene Geldentwertung und führten letztendlich zu einer Hyperinflation sowie weiteren Zuspitzung der sozialen und politischen Situation in der Weimarer Republik. Ab Mitte des Jahres 1923 kam es wegen der sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen breiter Bevölkerungsschichten in vielen Teilen der Weimarer Republik zu Streiks, Protesten und Separationsbestrebungen.

Die stetig steigende Inflation und die daraus resultierende Not der Bevölkerung mündeten am 11. August 1923 in eine Streikbewegung gegen das Kabinettn Cuno, die sich von Berlin in weite Teile der Weimarer Republik ausweitete und letztendlich zum Rücktritt des Kabinettn Cuno am 12. August beitrug. Die Regierungsverantwortung übernahm anschließend eine große Koalition aus DVP, SPD, Zentrum und DDP unter Reichskanzler Stresemann. Diese beendete am 23. September 1923 den „passiven Widerstand“, um den Weg für den Beginn einer neuen Verständigungspolitik, insbesondere mit Frankreich, freizumachen.

Der Einfluss rechtsradikaler sowie faschistischer Parteien und Organisationen nahm im Laufe des Jahres 1923 stetig zu. Der erste praktische Versuch rechtsradikaler Kräfte, die politischen Verhältnisse der Weimarer Republik zu beseitigen, erfolgte am 1. Oktober 1923: Teile der Schwarzen Reichswehr versuchten, die Garnisonsstadt Küstrin zu besetzen, die Reichsregierung zu stürzen und das parlamentarische System durch eine nationale Diktatur zu ersetzen. Der Küstriner Putsch scheiterte allerdings durch das Einschreiten der Reichswehr.

Schon früh sah die KPD die Gefahr von faschistischen Kräften: einige Jahre zuvor konnte erfolgreich der Kapp-Putsch zurückgeschlagen werden. Für den 29. Juli 1923 wurde der Antifaschisten-Tag ausgerufen. Überrascht von den vielen Streiks und dem Rücktritt des Kabinettn Cuno, wurde die Situation von der KPD und der Kommunistischen Internationalen insbesondere von der Kommunistischen Partei Russland (Bolschewiki) sehr optimistisch bewertet. Man sah die Situation für eine Revolution in Deutschland gekommen. Die KPD sollte sich vorbereiten und geplant wurde, am 9. November 1923 loszuschlagen.

Dafür wurden Proletarische Hundertschaften - paramilitärische Freiwilligeneinheiten - gegründet. Aus der Sowjetunion wurden 20 Offiziere zur Beratung und Schaffung eines Militärpolitischen Apparates (MP) entsandt. Auch die Ordnerdienst-Einheiten (OD-Einheiten) wurden als Vorläufer der Roten Armee gebildet, ebenso wie Waffen- und Munitions-Beschaffungs-Kommission gebildet wurden.

Es wurde ein Plan ausgearbeitet, welcher vorsah, dass die KPD mit der SPD Arbeiter:

innenregierungen in Thüringen und Sachsen bildete und gewisse Regierungspositionen übernehmen sollte, wie die die Kontrolle über die Polizei. Dies wurde aber durch den Oberbefehlshaber der sächsischen Reichswehr vereitelt. Er verbot die proletarischen Hundertschaften und übernahm die Kontrolle über die Polizei. Ebert und Scheidemann befürworteten das Vorgehen gegen die lokale Regierung aus SPD und KPD und der Reichstag beschloss das Entmächtigungsgesetz. Nun drohte die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einzumarschieren.

„Neue Wellen des Klassenkampfes rollten in ganz Deutschland heran. Die Arbeiter kämpften noch nicht um die Macht, sondern nur um die dringendsten Tagesforderungen, um die Beseitigung der brennendsten Not. Der Kampf vollzog sich noch vorwiegend in "friedlichen" Formen. Während die rechten Sozialdemokraten, die Sollmann und Severing, bereits im Bunde mit den Reichswehrgeneralen und den Polizeipräsidenten zur blutigen Niederschlagung des Proletariats rüsteten, setzten die "linken" Sozialdemokraten alles daran, die Arbeiterschaft wehrlos zu machen, sie am Machtkampf zu hindern, sie mit Phrasen abzuspeisen, sie auf die "friedlichen", parlamentarischen Kampfformen der Vorkriegszeit zurückzudrängen. Aber die Logik von fünf Revolutionsjahren war stärker als die Schurkerei der rechten und die Feigheit der linken sozialdemokratischen Führer.“³
Ernst Thälmann

Situation in Hamburg

Die Inflation und Teuerung trafen Hamburg hart: viele Menschen waren erwerbslos und viele der Fabriken und Werften meldeten Kurzarbeit an. Am 13. August wurde in Hamburg der Ausnahmezustand ausgerufen. Bis zum 15. August nahmen die Streiks zu, fast komplett Hamburg stand still. Die Hamburger Polizei tötete allein an diesem Tag vier Arbeiter:innen und verletzte 13 weitere. Die sich zuspitzende Krise und voranschreitende Inflation führten im Laufe des Herbstes vermehrt zu „Arbeitslosenunruhen“ und Plünderungen. Ein immer größerer werdender Teil der Bevölkerung hatte zunehmend Probleme damit, einen Arbeitsplatz zu finden und wegen der Preissteigerungen seine Grundbedürfnisse zu befriedigen. Im Oktober verschärfte sich die Lage weiter: am 20. Oktober 1923 durchbrach eine Demonstration mit mehreren tausend Erwerbslosen die Banneile und es kam in einigen Stadtteilen erneut zu Hungerkrawallen und Lebensmittelpfänderungen.

In Hamburg waren die Proletarischen Hundertschaften nicht gut organisiert. Nach Einschätzungen von Historiker:innen gab es kurz vor dem Aufstand etwa 15 militärisch organisierte Hundertschaften mit durchschnittlich 50 Mitgliedern, welche jedoch wenig Waffen besaßen und sich nicht zu „schlagkräftigen Kampfeinheiten“ entwickelt hatten. Damit waren nicht einmal 10% der KPD-Mitglieder in Hamburg überhaupt in die Vorbereitung militärischer Auseinandersetzung eingebunden.

Betriebsrätekonferenz in Chemnitz

Die Zentrale der KPD beschloss auf der Politbüro-Sitzung des 20. Oktobers eine für den Folgetag einberufene Betriebsrätekonferenz in Chemnitz zur Proklamation eines Generalstreiks zu nutzen, der dem Aufstandsplan entsprechend im bewaffneten Kampf um die politische Macht münden sollte.

Am Morgen des 22. Oktobers 1923 begann die angekündigte Besetzung Sachsens durch die Reichswehr mit mehr als 60.000 Soldaten. Die KPD hatte damit gerechnet, dass ein ausreichend großer Teil der Arbeiterschaft dazu bereit war, die legal zustande gekommenen Arbeiterregierungen in Sachsen und Thüringen gegen die drohende Gefahr durch faschistische Kräfte aus Bayern und auch gegen den Einmarsch der Reichswehr zu verteidigen. Die KPD hätte demnach nur etwa 24 Stunden Zeit gehabt, den Aufstand konkret vorzubereiten.

Mit der Ablehnung einer sofortigen Proklamation des Generalstreiks gaben die Vertreter:innen der SPD und der Gewerkschaften der KPD zu verstehen, dass sie nicht zu konkreten Kampfhandlungen gegen die Reichswehr bereit waren. Kritisch ist hierbei auch, dass die KPD Vertreter:innen sich so von der Gewerkschaftsbürokratie und der Sozialde-

mokratie abspesen ließen. Nur einzelne Teile der KPD Führung bereiteten den Aufstand halbherzig und sehr zögerlich vor, dies lässt darauf schließen, dass andere Teile der Führung den Aufstand nicht wollten, vielleicht sogar die Entscheidung der Betriebsrätekonferenz heimlich begrüßten. Damit war auch klar, dass die drohende Durchsetzung der Reichsexekutive in Sachsen und Thüringen die ursprüngliche Terminplanung der KPD für den Aufstand durchkreuzt hatte.

Der Hamburger Aufstand

Es gibt verschiedene mögliche Gründe, warum trotzdem in Hamburg zum Aufstand aufgerufen wurde. Ob der Kurier zu spät, oder überhaupt nicht kam oder ob die Hamburger Kommunist:innen dachten, dass sie selbst mit ihrem Aufstand ein Signal für die anderen Städte sein und die zögerliche KPD-Führung unter Druck setzen könnten, darüber sollen sich die Historiker:innen streiten. Was feststeht ist, dass die Hamburger KPD am 23. Oktober 1923, um 5 Uhr morgens, den bewaffneten Aufstand ausrief.

Aufstandsplan:

„a) Der Aufstand beginnt durch ein plötzliches Losschlagen der bewaffneten Arbeiterabteilungen in den Arbeitervierteln der Stadt, wobei in erster Linie die Waffenlager zu besetzen sind.

b) Entwaffnung der Polizei und Faschisten in den Arbeitervororten.

c) Gleichzeitige Zusammenziehung der bereits bewaffneten Arbeiterabteilungen, die durch Massendemonstrationen aus den Vororten nach der Innenstadt zu decken sind und Zurückdrängung des Gegners (Polizei und Faschisten des Stadtzentrums) nach Süden(an den Fluß), dessen Brückenübergänge schon vorher von den Aufständischen zu besetzen sind und hier endgültige Entwaffnung des Gegners.

d) Besetzung des Post- und Telegraphenamtes, der wichtigsten Bahnhöfe des Stadt- und Fernverkehrs, des Flugplatzes und der anderen wichtigsten Objekte, noch bevor die Abteilungen aus den Vorstädten nach dem Stadtinnern ziehen [...]“⁴

Die Kampfgruppen der KPD-Ortsverbände stürmten zeitgleich 26 Polizeireviere und konnten 17 davon entwaffnen. Dadurch sollte der Mangel der Aufständischen an Waffen behoben und die Reaktionsmöglichkeiten der Hamburger Polizei eingeschränkt werden. Am Vormittag meldeten sich ca. 800 Freiwillige, die zumeist der sozialdemokratischen „Vereinigung Republik“ angehörten, um die Polizei bei der Bekämpfung des Aufstandes zu unterstützen. Die Ordnungspolizei war der kleinen Anzahl an Aufständischen sowohl zahlenmäßig als auch technisch also weit überlegen. Am Mittag des 23. Oktobers bestanden in Hamburg nur noch zwei Kampfgebiete: Barmbek und Schiffbek. In vielen anderen Stadtteilen sammelten sich zwar Menschenmengen, und es kam erneut zu Hungerdemonstrationen und Geschäftsplünderungen. Diese hatten allerdings keinen anderen Charakter als in den vorangegangenen Tagen und auch keine Verbindung zu den bewaffneten Kämpfen der KPD.

Die KPD-Führung befahl in den Vormittagsstunden des 23. Oktobers den Aufstand wegen seiner Aussichtslosigkeit abzubrechen. Die Barmbeker Kampfleitung erreichte diese Weisung erst um 17 Uhr, worauf sie das Signal zum disziplinierten Rückzug gab. Ein Teil der Aufständischen wollte den Kampf allerdings trotzdem weiterführen. In Schiffbek konnten die Kommunist:innen die Macht mehrere Tage behaupten.

Die Ordnungspolizei vermeldete nach den Kämpfen auf ihrer Seite 17 Tote und 62 Verwundete. Als problematischer erscheint eine seriöse Angabe der Toten und Verwundeten auf der Seite der Aufständischen. In den abgedruckten Gedenkartikeln der KPD, die jeweils zum 23. Oktober in den Jahren bis 1932 in der „Hamburger Volkszeitung“ und in der „Roten Fahne“ erschienen, wurden 24 Menschen genannt, die bei den Kämpfen starben.



„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“⁵

Karl Marx

Die konkreten Folgen und Lehren des Aufstandes

Der lokale Aufstand in Hamburg scheiterte vor allem, weil die Hamburger KPD und die Aufständischen des 23. Oktobers es – bis auf in Barmbek und Schiffbek – nicht geschafft hatten, die vorherrschenden ökonomischen und sozialen Kämpfe großer Teile der Hamburger Bevölkerung mit ihrem Anliegen eines politischen Umsturzes zu verbinden.

„Drei Tage dauerten dort die hartnäckigen Kämpfe; es kämpften aber nicht die Massen, sondern die Roten Hundertschaften, und das entschied den Ausgang des Kampfes schon vorher[...]“⁶

Dabei ist allerdings zu beachten, dass eine Mehrheit der Arbeiter:innenschaft zwar dem Aufruf der KPD zum Generalstreik folgte, dieser aber in erster Linie eine politische Reaktion auf den drohenden Reichswehreinmarsch in Sachsen und Thüringen und damit noch nicht automatisch den ausdrücklichen Willen zu einem politischen Umsturz darstellte. Demnach gehört zu der Frage, warum sich die Arbeiter:innenschaft und die insgesamt durchaus sympathisierende Bevölkerung den Kämpfen der KPD nicht anschloss, neben der Einschätzung, ob dafür politische oder strategische Motive ursächlich waren, die der zeitlichen Voraussetzungen zur agitatorischen und organisatorischen Vorbereitung des Aufstandes. Dass die konkreten Vorbereitungen des Aufstandes kaum mehr als 24 Stunden betrug, führte nicht nur zu dem Umstand, dass ein Großteil der 14.000 Hamburger KPD- und der 1.300 Hundertschafts-Mitglieder nicht in die Aufstandspläne eingeweiht war, sondern auch dazu, dass die streikende Arbeiterschaft entweder viel zu spät oder sogar gar keine Notiz von der Auslösung des Aufstandes genommen hatten. Das Verbot der Parteizeitung „Hamburger Volksblatt“ machte eine effektive öffentliche Propaganda für das Vorhaben der KPD in der kurzen Zeit vor dem Aufstand nahezu unmöglich und konnte nach Sklovski auch nicht durch den spontanen Druck illegaler Aufrufe kompensiert werden.

Selbst wichtige Parteifunktionäre einzelner Stadtteile, die zur vorbereitenden Kommunikation der Pläne und konkreten Organisation des Aufstandes eine wichtige Rolle spielten, wurden viel zu kurzfristig vom Vorhaben der Hamburger Parteileitung informiert und waren dementsprechend kaum handlungsfähig.

Die kurze Vorlaufzeit der Vorbereitung äußerte sich in organisatorischer und militärischer Hinsicht insofern, als dass die Planungen der Aufstandsleitung größtenteils nicht umgesetzt werden konnten. Lediglich in Barmbek und Schiffbek entsprachen die Aktionen der Stoßtruppen annähernd dem ursprünglichen Aufstandsplan. Die für einen effektiven Aufstand ausgemachten strategischen Stellen der kritischen Infrastruktur, wie die Verkehrsknotenpunkte, Post-, Zeitungs- und Telegraphengebäude wurden von den Aufständischen kaum oder gar nicht in Angriff genommen.

Insgesamt wurden gegen 1434 Personen Strafverfahren eröffnet; 904 Verfahren wurden eingestellt, 192 Angeklagte wurden freigesprochen, gegen 2 Angeklagte wurde die Todesstrafe verhängt, die später über den „Gnadenweg“ zu Zucht- und Gefängnisstrafen umgewandelt wurde. Gegen 17 Angeklagte wurden insgesamt 47 Jahre Zuchthaus, gegen 197 Angeklagte wurden insgesamt 135 Jahre, 6 Monate Gefängnis, gegen 103 Angeklagte wurden insgesamt 231 Jahre, 2 Monate Festung, gegen 19 Angeklagte Geldstrafen verhängt.

Der Hauptprozess begann am 22. Januar 1925 gegen Hugo Urbahns, Fritz Esser, Walter Rühl, Alfred Levy, Karl Köppen, Hermann Jensen, Richard Schaible und Heinrich Frehde. Hauptangeklagter war Hugo Urbahns, dem als KPD-Parteileiter des Bezirks Wasserkante die politische und organisatorische Vorbereitung des Aufstandes zur Last gelegt wurde. Urbahns übernahm in diesem Prozess die volle politische Verantwortung für den Aufstand. Er verteidigte die Absichten und Taten der KPD und beendete seine Verteidigungsrede vor Gericht mit folgenden Worten:

„Die Massen werden mit uns sagen: Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen!“

Er wurde wegen Hochverrats zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt, seine Mitangeklagten erhielten wegen Beihilfe zum Hochverrat Festungsstrafen zwischen 2 Jahren 6 Monaten und 6 Jahren, Esser und Rühl wurden freigesprochen. Der Hamburger Aufstand und die Oktoberkämpfe hatten für die KPD schwerwiegende Folgen. Am 23. November wurde die Partei von General von Seeckt verboten und musste ihre Arbeit vorerst illegal fortsetzen.

Der konkrete Versuch war gescheitert, die kapitalistische Ordnung konnte sich behaupten und auch festigen, weil sich auch durch die Sozialdemokratie Teile unserer Klasse mit einigen kleinen Reformen täuschen ließen.

Immer wieder schaffte es die herrschende Klasse, ihr Interesse an der Aufrechterhaltung des Systems als Gesamtinteresse zu verkaufen; dieses System wäre alternativlos. Die Verhältnisse verschärften sich immer weiter und mündeten dann in der Übertragung der Macht an die Faschisten, welche die kommunistische Bewegung in Deutschland fast vollständig physisch vernichtete. Aus heutiger Sicht war der Deutsche Oktober die letzte Möglichkeit, diese Barbarei durch eine sozialistische Revolution aufzuhalten.

Was sollten unsere Schlussfolgerungen sein?

Es lässt sich festhalten, dass die kommunistischen Funktionär:innen den Aufstand zunehmend aus einer überwiegend „technischen“ Herangehensweise planten und die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen und Entwicklungen außer Acht ließen. Die Gründe des Scheiterns des Hamburger Aufstandes lagen umfassend in dem Zusammenfallen der zeitlich und organisatorisch schlechten Vorbereitung der bewaffneten Kämpfe auf Reichsebene und auf Hamburger Ebene, der zeitlich unzureichenden und vernachlässigten politischen und agitatorischen Vorbereitungen, der insgesamt zu optimistischen Beurteilung der politischen Voraussetzungen für einen bewaffneten Aufstand, der personell wie auch technisch weit überlegenen Ordnungspolizei und der Isolation, in der die Aufständischen der KPD deshalb geblieben waren. Die KPD war zu dem Zeitpunkt noch eine relativ junge Partei, änderte immer wieder ihre politische Linie und hatte auch nicht die Mehrheit der Arbeiter:innen überzeugt. Ein nicht zu vernachlässigender Umstand war auch die späte Umstellung von der Organisation nach Wohnorten auf Betriebszellen. Denn dadurch bekamen sie erst einen relevanten Organisationsgrad in wichtigen Betrieben. Als Achillesfersen des Kapitalismus müssen wichtige „systemrelevante“ Betriebe von uns besetzt werden, um sie im Fall der Fälle dort auch zu treffen. Man muss aber auch beachten, dass durch das Elend große Teile der Bevölkerung auf Veränderungen gedrängt haben und die KPD dies zu spät erkannte und diesen Unmut mit dem Bestehenden nicht zuspitzen und kanalisieren konnte. Die Reife der revolutionären Situation wurde zu spät erkannt. Hätte man dann die ganze Sache absagen sollen? Als Kommunist:innen sollten wir die Menschen nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verträsten, sondern sollten auch Kämpfe aufnehmen, wenn der Sieg zwar nicht sicher ist, sondern eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht, dass wir gewinnen können. Ohne die Menschen und unsere Kräfte zu verheizen, muss man betonen, dass man lernt zu kämpfen, wenn man kämpft.

„Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.“⁷
Karl Marx

Im Nachhinein lassen sich Situationen natürlich einfacher beurteilen, dies muss uns klar sein. Daher versuchen wir die Lehren aus den Fehlern weiter zu verallgemeinern. Zwar werden wir in der Zukunft immer vor etwas anderen Problemen stehen: Durch das Internet ist beispielsweise eine schnelle Kommunikation möglich, aber solche Medien sind wiederum in bestimmte Situationen auch bedroht abgeschaltet zu werden oder können uns bei Fehlern im sicheren Umgang gar selbst zum Verhängnis werden. Eine wichtige Lehre aus dem Aufstand ist jedoch, dass wir uns als Bewegung nicht auf andere politische Kräfte verlassen können und solche Fragen wie die Einschätzung einer revolutionären Situation nicht auslagern sollten. Ein weiteres Problem war der wechselhafte Kurs der Partei zwischen Zögern und Verbalradikalismus. Diese Fraktionskämpfe kosteten viel Kraft und trugen ein zerstrittenes Bild nach außen. Durch die spätere Führung u.a.

durch Thälmann bekam die Partei in ihrer Ausrichtung eine wichtige Konstante, die ihr half zu wachsen.

Auch darf die Revolution nicht nur als ein rein militärischer Akt begriffen werden. Wir brauchen eine Bewegung, welche tief in der Bevölkerung verankert ist und unsere Grundpositionen einer revolutionären Überwindung der Verhältnisse teilt. So muss der Aufstand inhaltlich und argumentativ schon in unseren täglichen Teilkämpfen vorbereitet werden. Dieser unversöhnliche Bruch mit dem Bestehenden grenzt uns auch von den unterschiedlichen Formen der Sozialdemokratie ab, was nicht überdeckt, sondern offengelegt werden sollte.

Außerdem müssen wir unsere Strukturen vielseitig und stetig aufbauen, man kann nicht auf eine revolutionäre Situation warten und sich dann darauf vorbereiten. Diese Form der Organisation muss auch in „ruhigen“ Zeiten in Angriff genommen werden. Wir sollten daran arbeiten, verschiedene eigene Infrastrukturen auf- und auszubauen, welche auch die Möglichkeit bieten, in unterschiedlichen Etappen zu funktionieren. Dabei ist wichtig, dass man in den vielen Teilkämpfen die Menschen organisiert, ihnen die Möglichkeit der Teilhabe an Entscheidungen bietet (z.B. Räte) und mit ihnen gemeinsam in Aktion kommt. Die Aufgabe einer revolutionären Organisation ist gerade die Verknüpfung der verschiedenen Teilkämpfe zu einer gemeinsamen Gegenmacht, dies auch auf überregionaler Ebene, ebenso wie die Kanalisierung des Unmutes der Menschen. Daran kontinuierlich zu arbeiten, die Revolution nicht aus den Augen zu verlieren und immer wieder die eigenen Fehler zu reflektieren, das ist die große Aufgabe unserer Tage. Dies ist ziemlich mühsam und kleinteilig, leider schafft es die kommunistische Bewegung in diesem Land nicht sich von einer Jugendbewegung weiterzuentwickeln. Viele verlieren das kollektive Interesse die Verhältnisse aufzuheben und suchen im eigenen Vorankommen innerhalb des Systems ihren Weg. Auf der anderen Seite verkommen ältere Strukturen zu folkloristischen Gruppen, die in erster Linie Traditionen hochhalten oder sich mit der Theorie als Debattierklub beschäftigen. Kommunismus ist für uns aber nichts historisches oder theoretisches, sondern der Versuch die Menschheit aus dem Joch der Klassengesellschaft zu befreien, dafür lohnt es immer weiterzumachen, aus den Niederlagen zu lernen und in Zukunft aus dem Aufstand eine siegreiche Revolution zu organisieren.

Endnoten

1. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationalen, Bd. 21, S. 206 f..
2. Ernst Thälmann, Die Lehren des Hamburger Aufstandes, Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1976, S. 69 ff..
3. Ernst Thälmann, Die Lehren des Hamburger Aufstandes, Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1976, S. 69 ff..
4. Hans Kippenberger, Der Hamburger Aufstand, in Der Bewaffnete Aufstand, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1971, S. 77.
5. Karl Marx, Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie, MEW 1, S. 385.
6. Lozovski, Alexander: Bericht über die Lage in Deutschland und die Situation der KPD beim Einmarsch der Reichswehr, Berlin, 26.10.1923, in: Bayerlein, Bernhard B.: Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Aufbau Verlag Berlin 2003, S. 259 f..
7. Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW Bd. 19, S. 13.
8. Ernst Thälmann, Die Lehren des Hamburger Aufstandes, Ausgewählte Reden und Schriften in zwei Bänden, Band 1, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1976, S. 69 ff..



„Die proletarische Revolution hat mehr als eine blutige Niederlage ertragen. Sie ist niemals daran verblutet. Sie ist stärker, stolzer, entschlossener weitergeschritten. Die Pariser Kommune wurde niedergetreten. Die russische Revolution von 1905 endete an den Galgen des Zaren, in den Kerkern, in Sibirien. Und sie erwachte trotzdem aufs neue! Auch Hamburg ist nicht tot, sondern Hamburg ist unbesieglich. Neue Aufstände des Proletariats, neue Siege der Konterrevolution sind dem deutschen Oktober gefolgt.“⁸

Ernst Thälmann

AUF ZU NEUEN KÄMPFEN



WWW.ROTHER-AUFBAU.DE